



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Keine Landesmittel für den Ausbau von Lübeck Blankensee

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag nimmt die gutachterliche Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Uhlenhorster Treuhand GmbH über die finanziellen Voraussetzungen zur Erweiterung des Flughafens Lübeck Blankensee zur Kenntnis.
2. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf
 - a. der Flughafen Lübeck GmbH keine Investitionszuschüsse zu gewähren
 - b. sich in keinerlei Form an der Flughafen Lübeck GmbH zu beteiligen.
 - c. Kommunalrechtliche Aufsichtsmaßnahmen gegen die Hansestadt zu prüfen, wenn die Hansestadt Lübeck oder die Flughafen GmbH mit neuen Krediten die geplante Flughafenerweiterung finanzieren will.

Begründung:

Die Gemeinde Groß Grönau hat gegen den vorliegenden Planfeststellungsbeschluss für die Erweiterung der luft- und landseitigen Kapazitäten des Verkehrsflughafens Lübeck Blankensee Klage beim Obergericht Schleswig erhoben. Beklagte ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Die vom Bürgermeister der Gemeinde Groß-Grönau beauftragte Wirt-

schaftsprüfungsgesellschaft Uhlenhorster Treuhand GmbH kommt in einer gutachterlichen Stellungnahme vom 9. April 2009 zur Finanzierung des Flughafenausbaus zu dem Ergebnis, dass die Flughafen Gesellschaft auch bei wachsenden Fluggastzahlen dauerhaft Verluste machen wird. Das Gutachten ist den Fraktionsvorsitzenden von der Klägerin zur Verfügung gestellt worden. Da die 90 %-Gesellschafterin Infratil bereits entschieden hat, ihre Anteile zurück zugeben, wird der geplante Flughafenausbau allein von der Hansestadt Lübeck zu finanzieren sein. Da Lübeck hoch verschuldet ist, ist eine zusätzliche Investition in den Flughafen nicht zu verantworten.

Um weiteren finanzpolitischen Schaden von der Stadt Lübeck abzuwenden, sollte das Land Schleswig-Holstein in aller Klarheit deutlich machen, dass es keine Landesmittel für einen Flughafenausbau geben wird.

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion